

Auswertung "Sondage 6670"

1) Zusammenfassung allgemein	Seite 1
2) Lebens- und Studienbedingungen von Studierenden aus Luxemburg	Seite 2
3) Status Quo - System Biltgen	Seite 3
4) 6670: Voraussichtliche Konsequenzen	Seite 5
5) Vorgehensweise und Repräsentativität	Seite 8

1) Zusammenfassung allgemein

Die Resultate dieser Studie bieten eine ideale Ausgangsbasis um fundiert über eine Reform der Studienbeihilfe zu diskutieren. Das Gesetz wurde aber geschrieben, bevor überhaupt eine Studie vorlag. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Analyse der Resultate der nun vorliegenden Studie nicht nur Informationen liefert, die man (etwa je nach politischer Gesinnung) unterschiedlich interpretieren könnte, sondern auch Fehler aufzeigen kann, von inneren **Widersprüche des Gesetzestextes** bis hin zu **Fehlern bei der Kalkulation** der Kosten der neuen Studienbeihilfe. Die folgende Analyse der Resultate ist in drei Analyse-Blocks unterteilt.

a) Lebens- und Studienbedingungen von Studierenden aus Luxemburg

Es liegen erstmalig allgemeine Daten zur Lebens- und Studiensituation der Studierenden aus Luxemburg vor. Es fällt auf, dass die Bedingungen, Kosten und Ausgaben und Umstände sich von Fall zu Fall sehr unterscheiden.

	<i>Deutschland:</i>	<i>900€/Monat</i>
	<i>Belgien:</i>	<i>840€/Monat</i>
<i>Die durchschnittlichen Gesamtausgaben (ohne Studiengebühren) der Studierenden nach Land:</i>	<i>Frankreich:</i>	<i>1070€/Monat</i>
	<i>England/Wales:</i>	<i>1150€/Monat</i>
	<i>Österreich:</i>	<i>1000€/Monat</i>
	<i>Schweiz:</i>	<i>1440€/Monat</i>

Das ist die Eigenheit des luxemburgischen Systems: die luxemburgischen Studierenden starten mit einer einheitlichen Basis in die unterschiedlichsten Umstände der europäischen Studienstädte.

b) Status Quo - System Biltgen

Die vorliegende Studie bietet erstmals die Gelegenheit nachvollziehen zu können, wie das "System Biltgen" funktioniert. Es zeigt sich, dass 37% der Studierenden ohne finanzielle Unterstützung der Eltern studiert. Die Vor- und Nachteile dieses Systems festzuhalten und zu analysieren, wäre ein logischer Schritt gewesen, bevor dieses System gänzlich abgeschafft wird. Die folgende Analyse zeigt, dass die meisten Probleme, die das System Biltgen verursachte, auch nach der Reform weiterbestehen werden.

c) Voraussichtliche Konsequenzen 6670:

Mit einem Maximalbetrag der Beihilfe, die gerade einmal von 0,2% der Studierenden erreicht wird, einer "Mobilitäts"- und einer "Familienbeihilfe" die sozio-ökonomisch schwächere Familien wesentlich benachteiligt und einer "sozialen Beihilfe", die wegen zu geringen Rest-Beihilfen eine Gefahr für die Autonomie der Studierenden darstellt verfehlt das Gesetz 6670 praktisch sämtliche Ziele, die es sich selbst gesetzt hat und ist zutiefst widersprüchlich.

2) Lebens- und Studienbedingungen von Studierenden aus Luxemburg

Für eine detaillierte Auswertung aller Fragen der Umfrage siehe Anhang.

a) Studienort:

Die Studierende aus Luxemburg, die bei der vorliegenden Studie mitgemacht haben und ihre Studienländer:

<i>In Luxemburg:</i>	18%
<i>In Deutschland:</i>	29%
<i>In Belgien:</i>	20%
<i>In Frankreich:</i>	10%
<i>In England/Wales:</i>	3%
<i>In Schottland:</i>	1%
<i>In der Schweiz:</i>	3%
<i>In Österreich:</i>	12%
<i>In anderen Ländern:</i>	4%

c) Ausgaben der Studierenden:

Gesamtausgaben:

<i>Unter 501€/Monat:</i>	19%
<i>501 bis 700€/Monat:</i>	17%
<i>701 bis 900€/Monat:</i>	24%
<i>901 bis 1100€/Monat:</i>	20%
<i>1101 bis 1300€/Monat:</i>	10%
<i>Über 1301€/Monat:</i>	10%

Ausgaben für Miete (+Heizkosten, Wasser, Strom, Telefon/Internet):

<i>Unter 301€/Monat:</i>	20%
<i>301 bis 500€/Monat:</i>	33%
<i>501 bis 700€/Monat:</i>	33%
<i>Über 700€/Monat:</i>	13%

Ausgaben für Lehrmaterial:

<i>Unter 101€/Jahr:</i>	12%
<i>101 bis 200€/Jahr:</i>	20%
<i>201 bis 300€/Jahr:</i>	21%
<i>301 bis 400€/Jahr:</i>	16%
<i>401 bis 500€/Jahr:</i>	12%
<i>501 bis 800€/Jahr:</i>	12%
<i>über 800€/Jahr:</i>	6%

Studiengebühren:

<i>Unter 201€/Jahr:</i>	24%
<i>201 bis 500€/Jahr:</i>	32%
<i>501 bis 1000€/Jahr:</i>	28%
<i>1001 bis 3500€/Jahr:</i>	6%
<i>3501 bis 10.000€/Jahr:</i>	7%
<i>über 10.000€/Jahr:</i>	3%

3) Status Quo - System Biltgen

b) Hintergrund der Studierenden:

Bildungshintergrund der Eltern der Studierenden:

<i>Beide Elternteile haben studiert:</i>	17%
<i>Ein Elternteil hat studiert:</i>	22%
<i>Kein Elternteil hat studiert:</i>	61%

Schulischer Hintergrund der Studierenden:

<i>Diplôme de fin d'études secondaires classique / Bac / Abitur:</i>	73%
<i>Diplôme de fin d'études secondaires technique:</i>	20%
<i>Diplôme de technicien:</i>	6%
<i>CATP / Berufsausbildung:</i>	0,5%
<i>Anderer Schulabschluss:</i>	0,5%

d) Lebenssituation der Studierenden

Wie wohnen die Studierenden:

<i>Studentenwohnheim:</i>	8%
<i>WG - Wohngemeinschaft:</i>	32%
<i>Zuhause / bei den Eltern:</i>	16%
<i>Wohnung/Studio/Appartement:</i>	44%

Wie viel arbeiten Studierende pro Woche für die Universität

<i>Bis 25Std/Woche:</i>	19%
<i>26 bis 35Std/Woche:</i>	25%
<i>36 bis 45Std/Woche:</i>	27%
<i>46 bis 60Std/Woche:</i>	22%
<i>Über 60Std/Woche:</i>	7%

Wie viele der Studierenden gehen neben dem Studium/in der vorlesungsfreien Zeit einer Erwerbstätigkeit nach:

<i>Parallel zum Studium:</i>	22%
<i>In der vorlesungsfreien Zeit:</i>	63%
<i>Weder noch:</i>	24%

Wie viele der Studierenden engagieren sich neben dem Studium in einer Freiwilligentätigkeit:

<i>Parallel zum Studium:</i>	36%
<i>In der vorlesungsfreien Zeit:</i>	13%
<i>Weder noch:</i>	57%

a) Höhe der Beihilfe und des Kredits

6500€ Beihilfe und 6500€ Kredit pro Jahr, sowie eine Unterstützung (halb Beihilfe, halb Kredit) zur Finanzierung der Studiengebühren stellte das "System Biltgen" zur Verfügung.

→ 56% der Studierenden nahm den gesamten vom CEDIES gebotenen Kredit auf, 11% nahmen einen Teil und 32% verzichteten auf den Kredit.

→ 75% der Studierenden haben Gesamtausgaben unter 1083€/Monat, könnte sich also ausschließlich über Kredit und Beihilfe finanzieren. 25% der Studierenden hat Ausgaben über 1083€/Monat. 10% der Studierenden haben Ausgaben über 1300€/Monat.

→ 90% der Studierenden geben an, dass das aktuelle System eine gute Lösung ist um junge Menschen zum Studium zu ermutigen.

b) Bedarf und Gießkannenpolitik

Mieten: Der bedeutendste Kostenpunkt von Studierenden ist die Miete. Die Miete ist abhängig von Wohnsituation und vor allem von dem Studienland.

→ Der Durchschnitt der gesamten Ausgaben der Studierenden, die in Luxemburg im Elternhaus wohnen beträgt **430€/Monat**. Die Gesamtausgaben aller Studierenden, die nicht bei den Eltern wohnen beträgt **970€/Monat**.

→ Die durchschnittlichen Gesamtausgaben (ohne Studiengebühren) der Studierenden sind abhängig vom Studienland. Es gibt deutliche Unterschiede:

Deutschland: 900€/Monat (Median 850€/Monat)

Belgien: 840€/Monat (Median 800€/Monat)

Frankreich: 1070€/Monat (Median 1000€/Monat)

England/Wales: 1150€/Monat (Median 1150€/Monat)

Schottland: 980€/Monat (Median 900€/Monat)

Österreich: 1000€/Monat (Median 1000€/Monat)

Schweiz: 1440€/Monat (Median 1350€/Monat)

→ Die Höhe der Miete variiert stark pro Studienland. Niedrige Mieten mit Kosten unter 500€/Monat zahlen 60% der Studierenden aus Luxemburg in Deutschland, 40% in Belgien, 33% in Frankreich, 46% in England/Wales, 33% in Österreich und 13% in der Schweiz. Hohe Mieten mit über 800€/Monat zahlen hingegen nur 3% der Studierenden aus Luxemburg in Deutschland, 3% in Belgien, 16% Frankreich (= Paris), 23% in England/Wales (= London), 6% in Österreich und 46% der Studierenden aus Luxemburg in der Schweiz.

Aus den gesammelten Daten geht hervor, dass die Schweiz mit Abstand am teuersten, Deutschland am günstigsten ist. Allerdings wird auch deutlich, dass einzelne Städte ausschlaggebend sein können, beste Beispiele sind **Paris** und **London**, die sich mit den Mietpreisen deutlich vom Rest der Städten in diesen Ländern abheben.

Fazit: Das "System Biltgen" bot keine Antwort auf die sehr unterschiedlichen Kosten. Allerdings stellt das von Minister Claude Meisch vorgestellte Gesetz ebenso wenig eine Lösung dar und führt in puncto "Bedarfsorientierung" die selben Mängel des Vorgängermodells fort.

Studiengebühren: Neben der Miete spielen die Studiengebühren für diejenigen eine Rolle, die die Höhe der Zuschüsse übertreffen. Diese Zuschüsse wurden seit der Einführung des "System Biltgen" 2010 nicht mehr angepasst.

→ 10% aller Studierenden aus Luxemburg müssen Studiengebühren über 3500€/Jahr zahlen.

→ Hohe Studiengebühren entfallen vor allem in England/Wales und an einigen Hochschulen in Frankreich und Deutschland.

→ Zur Finanzierung höherer (über 3500€/Jahr) Studiengebühren greifen Studierende entweder

auf den Kredit des CEDIES (66% der Studierenden mit höheren Studiengebühren nimmt den CEDIES-Kredit ganz, 9% teilweise: Dies sind höhere Werte als bei Studierenden ohne höhere Studiengebühren) zurück oder werden von den Eltern unterstützt (77% derjenigen mit höheren Studiengebühren werden von den Eltern finanziell unterstützt, bei denjenigen ohne höhere Studiengebühren sind werden nur 63% von den Eltern unterstützt)

Die anfallenden Kosten für Studiengebühren, stellen für Studierende eine substantielle Hürde dar. Auch Claude Meischs Reform reagiert nicht auf diesen Bedarf.

c) Autonomie

Ziel des "System Biltgen" ist es, die Unabhängigkeit der Studierenden zu ermöglichen, womit in erster Linie die Unabhängigkeit vom Elternhaus gemeint war. Diese Unabhängigkeit ist tatsächlich auch in vielen Fällen zur Realität geworden und findet breite Unterstützung:

→ *37% der Studierenden bekommt keine finanzielle Unterstützung der Eltern.*

→ *82% der Studierenden sind der Meinung, dass Student*innen als eigenständige Individuen unabhängig von ihren Eltern betrachtet werden müssen.*

→ *41% der Studierenden befürchten, die eigenen Eltern könnten an Einfluss auf die Studienwahl und den Studienverlauf gewinnen, wenn sie finanziell abhängiger von den Eltern wären.*

Zur Finanzierung anfallender Kosten die die direkte Beihilfe übersteigen, gibt es zwei unterschiedliche Wege: Entweder Studierende greifen auf den CEDIES-Kredit zurück oder werden von den Eltern gestützt.

→ *56% aller Studierenden nehmen den ganzen CEDIES-Kredit*

→ *70% der Studierenden, die keine finanzielle Unterstützung der Eltern bekommen nehmen den ganzen Kredit.*

→ *48% der Studierenden, die eine finanzielle Unterstützung der Eltern bekommen nehmen auch den ganzen Kredit auf.*

Der Kredit wird generell eher zur Kostendeckung und nicht als Zusatz genommen.

→ *Bei einer Miete unter 100€/Monat nehmen 42% der Studierenden den Kredit nicht, 16% nehmen nur einen Teil und 42% nehmen ihn ganz.*

→ *Bei einer Miete von 301 bis 400€ nehmen 31% der Studierenden den Kredit nicht, 15% nehmen nur einen Teil und 52% nehmen ihn ganz.*

→ *Bei einer Miete von 501 bis 600€ nehmen 28% der Studierenden den Kredit nicht, 11% nehmen nur einen Teil und 61 nehmen ihn ganz.*

Übersteigen die Ausgaben aber deutlich den finanziellen Rahmen, der die Beihilfe des "Systems Biltgen" bietet, sind es zumeist die Eltern, die den Studierenden zu Hilfe kommen. Deutlich wird dies vor allem am Beispiel der Finanzierung der Mieten/Lebenshaltungskosten je nach Studienort.

→ *Nur 96% der Studierenden aus Luxemburg die in der Schweiz studieren, werden finanziell von den Eltern unterstützt.*

→ *93% derjenigen, die in Paris studieren werden von den Eltern unterstützt. Allerdings studieren 31% der Student*innen in Nancy und 30% der Student*innen in Straßburg ohne Unterstützung der Eltern.*

→ *100% derjenigen, die in London studieren, werden von ihren Eltern finanziell unterstützt. Aber 42% derjenigen, die in England/Wales studieren kommen ohne Unterstützung der Eltern aus.*

Übertrifft die Höhe der Ausgaben also die Summe der Beihilfen, treten die Eltern wieder auf den Plan. Im Umkehrschluss heißt das, dass die Freiheit der Wahl des Studienplatzes und Studienfachs durch finanzielle Hürden eingeschränkt ist, die auch nicht durch die Reform der Beihilfen überwunden werden können.

4) 6670: Voraussichtliche Konsequenzen

Die vorliegende Studie kann nicht nur herangezogen werden um sich ein Bild über das aktuelle System zu machen, sondern liefert auch wichtige Informationen über die Konsequenzen einer Einführung des neuen Gesetzes 6670. Die folgende Analyse orientiert sich an den einzelnen Säulen des Gesetzes von dem Ministerium und folgt auch nicht einer Kritik "von aussen", sondern orientiert sich an dem Gesetzestext selbst und an den Zielen, die in diesem Gesetzestext formuliert wurden.

a) "Bourse de Base"

Die Einführung einer gestaffelten Studienunterstützung geht nicht zuletzt auf die Vermutung zurück, dass das Prinzip des "unabhängigen Studierenden" nur in der Theorie gibt. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen ein anderes Bild auf:

→ *37% der Studierenden bekommt keine Unterstützung von den Eltern.*

Im Kapitel "Status Quo - System Biltgen" (4) lassen sich weitere Resultate finden, die darauf schliessen lassen, dass die Unabhängigkeit der Studierenden durchaus ein real existierendes und funktionierendes Prinzip ist. Da durch die geplante Reform dieses Prinzip abgeschafft werden soll, müsste zumindest überlegt werden, welche Konsequenzen dies mit sich bringt.

b) "Bourse de Mobilité"

Die Bourse de Mobilité ist, so sind das vorliegende Gesetz und die Ausführungen des Ministers zu verstehen, ein Zuschuss um die Kosten abzudecken, die durch die Mobilität entstehen. Dadurch, dass die Vergabe dieses Zuschusses nicht alleine an das Bezahlen einer Miete, sondern auch an das Verlassen des Landes gekoppelt ist, ergibt sich eine problematische Situation für diejenigen, die zwar selbst bereits unabhängig vom Elternhaus leben aber im selben Land studieren, da diese dann auch kein Anrecht auf die Bourse de Mobilité haben und künftig mit 2000€/Jahr weniger auskommen müssen.

→ *25% derjenigen, die in Luxemburg studieren und deren Eltern in Luxemburg leben, wohnen selbst NICHT zuhause.*

→ *Durchschnittliche Gesamtausgaben der Studierenden, die in Luxemburg studieren und bei den Eltern wohnen: 430€/Monat, Durchschnittliche Gesamtausgaben der Studierenden, die in Luxemburg studieren und NICHT bei den Eltern wohnen: 850€/Monat*

→ *36% derjenigen, die in Luxemburg studieren und deren Eltern in Luxemburg leben, die aber selbst NICHT zuhause wohnen, zahlen eine Miete von über 500€/Monat.*

Konsequenz: Viele selbstständig Wohnende werden nun indirekt gezwungen wieder zuhause einzuziehen, sich um eine zusätzliche Einkommensquelle zu bemühen, den Studienort zu wechseln oder das Studium abzubrechen.

Die vorliegende Studie ermöglicht auch einen Blick auf den sozialen Hintergrund derjenigen, die ein Anrecht auf die Bourse de Mobilité haben. Allerdings bietet die vorliegende Studie keinen Blick auf die Konsequenzen für Studierende aus Grenzgängerfamilien, diese gehörten nicht der Grundgesamtheit der Umfrage an (siehe Kapitel 5). Die folgenden Zahlen geben einen Aufschluss darüber "wer" sowohl aus Luxemburg kommt und auch hier studiert.

→ *Von den Studierenden, mit Studienplatz in Luxemburg studieren und in Luxemburg wohnhaften Eltern, haben 59% ein "diplome de fin d'etudes secondaires classique" o.ä. Bei denjenigen, die im Ausland studieren sind es 76% mit einem solchen Schulabschluss.*

→ *71% der Studierenden in und aus Luxemburg geben an, dass keines der beiden Elternteile studiert hat. Bei den Studierenden an ausländischen Studienorten sind es mit 58% deutlich weniger.*

→ *Studierende, in und aus Luxemburg haben öfters als andere Student*innen bereits einmal das*

Studium abgebrochen und wechselten öfters Universität und/oder das Studienfach.

→ In Luxemburg studieren prozentual mehr Studierende aus Luxemburg, deren (in Luxemburg wohnende) **Eltern geringe Gehälter** haben, als in anderen Ländern. Von denjenigen Studierenden, deren Eltern unter 2000€/Monat verdienen, studieren 30% in Luxemburg, von denjenigen, deren Eltern 7701€ bis 9600€/Monat verdienen, studieren 13% in Luxemburg.

Konsequenz: Die Einführung einer "Bourse de Mobilité" trifft eher Studierende aus einer sozial schwächeren Schicht. Diese Beihilfe birgt die Gefahr, denjenigen, denen der Einstieg an eine Universität generell schwerer fällt, bisher vorhandene Anreize bzw. finanzielle Sicherheiten zu entziehen. Die Bourse de Mobilité ist somit indirekt ein Zuschuss an Studierende aus wohlhabenderen Familien und steht im **diametralen Gegensatz zum vorgegebenen Ziel der sozialen Gerechtigkeit**.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Tatsache, dass Studierende das Studienland auch im Zusammenhang mit dem Fach, welches sie studieren möchten auswählen.

→ 48% aller Student*innen die Lehrämter studieren, studieren in Luxemburg.

Konsequenz: die Einführung der Bourse de Mobilité könnte eine die Wahl des Studienfachs beeinflussen.

Zusätzlich zu den Problemen, die die Einführung der Bourse de Mobilité für diejenigen bedeutet, die keine Anrecht darauf haben muss auch festgehalten werden, dass der pauschale Betrag von 2000€/Jahr nicht den extrem unterschiedlichen Anforderungen entspricht, die durch unterschiedliche Lebenshaltungs- und Mietkosten in den jeweiligen Ländern und Städten entstehen (Siehe Mietkosten pro Land, Kapitel 4).

c) "Bourse sociale"

Eine weitere Säule des Gesetzes 6670 ist die Bourse sociale, die je nach Gehalt der Eltern Gelder an Studierende überträgt. Zuerst kann festgehalten werden, dass die Berechnung der Ausgaben, die durch die "Bourse sociale" für den Staat anfallen falsch sind.

→ Das Ministerium geht z.B. davon aus, dass 58% der Eltern von Studierenden ein Gehalt unterhalb von 3 x Mindestlohn haben. Der vorliegenden Studie nach, sind es allerdings lediglich 42%.

→ Von dem vollen Betrag der Bourse sociale würden laut dem Minister 9,2% der Studierenden bekommen, der vorliegenden Studie zufolge sind es aber nur 5,3%.

Nicht nur die Gesamtausgaben sind demnach falsch, sondern auch die Anzahl der Studierenden in den jeweiligen Kategorien.

Die vorliegende Studie zeigt aber auch, dass in der Tat Eltern mit höheren Gehältern öfters ihre studierenden Kinder unterstützen. Ebenfalls zeigte sich, dass die Höhe der elterlichen Unterstützung von der Höhe des Einkommens der Eltern abhängt. Trotzdem muss die Gestaltung der Einführung der Bourse sociale hinterfragt werden.

→ 22% derjenigen, deren Eltern ein Einkommen über 7700€ haben leben zur Zeit komplett unabhängig von finanzieller Unterstützung der Eltern.

→ 45% derjenigen, deren Eltern ein Einkommen zwischen 3800€ und 5800€/Monat haben leben zur Zeit unabhängig von finanzieller Unterstützung der Eltern.

Konsequenz: Die vorliegende Studie zeigt demnach, dass eine große Gefahr besteht, durch die Einführung der Bourse sociale ohne eine ausreichende Basisunterstützung, dass ein bedeutender Teil der Studierenden ihre Unabhängigkeit aufgeben müssen und sich in teils schwierigen Prozessen an die Eltern wenden muss.

d) "Bourse de famille"

Die Bourse de famille ist wohl die Säule, die nach Betrachtung der vorliegenden Studie am widersprüchlichsten wirkt. Als Zusatz zu den anderen Beihilfen, bekommen hier diejenigen mit Geschwistern, die ebenfalls studieren 500€/Jahr.

→ 57% derjenigen, die zwar Geschwister haben, haben keine Geschwister die studieren.

→ Obwohl die Anzahl nach "Geschwister generell" unter den verschiedenen Gehaltskategorien gleich verteilt ist, scheint bei der Frage nach "Geschwister die ebenfalls studieren" **das Gehalt der Eltern** der ausschlaggebende Punkt zu sein. 90% derjenigen Studierenden, deren Eltern ein Einkommen unter 2000€/Monat haben, haben Geschwister, bei denjenigen mit Eltern mit Einkommen über 13.500€/Monat sind es 91%. Allerdings haben nur 32% derjenigen Studierenden, deren Eltern ein Einkommen unter 2000€/Monat haben, Geschwister die zur Zeit auch studieren. In der obersten Gehaltskategorie der Eltern (über 13.500€/Monat) sind es 75%. Der Schluss ist eindeutig: Je höher das Einkommen der Eltern, desto mehr Kinder studieren parallel zueinander.

Konsequenz: Die Bourse de famille ist demnach, überspitzt formuliert, eine Subventionsmaschine für reiche Familien und steht damit im **diametralen Gegensatz zur Idee der sozialen Selektivität** der Bourse sociale. Würde die Anzahl aller Kinder, wie vom Aktionskomitee von Anfang an gefordert, berücksichtigt und entweder in die Bourse sociale oder die Bourse de Base mit einfließen, bestünde dieses Problem nicht.

e) Kredit

Die Auswirkungen der Reform auf die Verschuldung der Studierenden vorauszuberechnen ist nicht anhand der vorliegenden Studie möglich. Es kann lediglich eine Einschätzung dazu geliefert werden, wie populär diese Variante unter Studierenden wäre um davon auf den Impact zu schließen.

→ 76% der Studierenden geben an, Studienschulden als eine Belastung zu empfinden.

→ Unter den Studierenden, die zur Zeit bereits im vollen Umfang des CEDIES-Kredits in Anspruch nehmen, sind es sogar 78%.

f) Dauer der Finanzierung

Durch die Verkürzung der Dauer der Finanzierung wird es für einige der Studierenden nun eng. Ein Stopp aller direkten finanziellen Unterstützung droht besonders Studierenden aus Masterprogrammen.

→ 6% der Masterstudent*innen studieren bereit über 12 Semester (= Regelstudienzeit +1).

Verzögerungen des Studiums sind absolute Normalität und lassen keine Rückschlüsse auf die Leistung des Studierenden oder die Qualität des Studiums zu.

→ 40% der aktuellen Bachelorstudierenden studiert bereits länger als 6 Semester.

→ 18% derjenigen, die einen Erasmusaustausch während ihres Studiums gemacht haben, bekamen diesen Austausch nicht oder nur teilweise angerechnet.

→ Die Dauer des Studiums variiert vor allem je nach Studienfach. Vor allem Geisteswissenschaftler absolvieren sowohl ihr Bachelor- wie auch ihr Masterstudium in einem größeren Zeitfenster.

5) Vorgehensweise und Repräsentativität

a) Vorbereitung

Die Ausarbeitung der Studie orientierte sich an diversen Studien, die im Ausland regelmäßig durchgeführt werden, um die Lebenssituation der Studierenden erforschen zu können. Es wurde genauestens überprüft ob die Fragestellungen nicht widersprüchlich oder tendenziös sein könnten. Unabhängig vom Aktionskomitee überprüfte das "Centre Information Jeunes" (CIJ) den Fragebogen und regte einige Veränderungen an.

Als Durchführungsmethode wurde eine Online-Umfrage gewählt. Das CIJ verfügt über ein Account für die Software "SurveyMonkey", die sämtliche wissenschaftliche Standards erfüllt und als geeignet schien. Über das Internet schien die Erreichbarkeit der Zielgruppe gesichert. Es ist davon auszugehen, dass sämtliche Studierende entweder an der Universität selbst oder zuhause über einen Internetzugang verfügen.

Ursprünglich war eine mehrsprachige Version des Fragebogens und eine Ausweitung der Studie auf Studierende aus Grenzgänger-Familien geplant. Dieser Plan wurde jedoch aus Gründen des Zeitmangels verworfen: eine korrekte Übersetzung die jede unterschiedliche Interpretation der Fragen ausschließen könnte, hätte vermutlich noch eine weitere Woche Bearbeitung in Anspruch genommen. Auch konnte ein Ausreichender Zugang und entsprechend hohe Teilnehmerzahlen dieser Gruppen nicht garantiert werden.

Die Grundgesamtheit die in dieser Studie untersucht wird, sind somit Studierende aus "Residents"-Familien. Die Resultate zeigen, dass bei über 98% derjenigen, die einen Fragebogen korrekt ausgefüllt und validiert haben, der Wohnsitz der Eltern in Luxemburg liegt.

b) Durchführung

Die Verbreitung des Fragebogens erfolgte zu einem großen Teil über Privatpersonen und Gruppen über die sozialen Netzwerke. Die Vernetzung der Studierenden aus Luxemburg sorgte für eine rasche Verbreitung. Da auch die Medien über mehrere Tage Artikel über die Umfrage veröffentlichten und jeweils den Link zur Studie mitlieferten ist davon auszugehen, dass eine multipolare Verteilung des Fragebogens gewährleistet werden konnte. Die Resultate bestätigen diese Einschätzung (siehe 4e).

Der Zeitraum über den der Fragebogen zugänglich war betrug 2 Wochen. Es wurde beim Start der Studie kein besonderer Zeitrahmen vorgegeben, sondern das Ziel gesetzt möglichst 10% der Grundgesamtheit zu erreichen. Als diese Zahl erreicht und soweit überschritten war, dass auch nach einer erheblichen Filterung und strengen Überprüfung noch immer genug Daten übrig blieben um diese 10% Hürde zu überwinden wurde der Fragebogen vom Netz genommen.

c) Anonymisierung

Der alleinige Zugang zu den Daten lag beim CIJ. Dieses sorgte für eine erste Überprüfung der Validität der Resultate, teilte die Fragebögen in grobe Kategorien ein, so dass bei der weiteren Analyse zwischen denjenigen komplett ausgefüllten Fragebögen, die mit einer (real-existierenden) Emailadresse validiert wurden und komplett ausgefüllten/nichtvalidierten, sowie unvollständig ausgefüllten Fragebögen verglichen werden konnte. Danach löschte das CIJ alle Identitätsmerkmale, anonymisierte somit die Datensätze und gab die Datenpakete an das Aktionskomitee weiter.

Das Aktionskomitee verfeinerte die Anonymisierung, indem sie etwa die Städte, in denen die

Probanden studieren in Kategorien aufteilen um etwa einen Rückschluss auf einzelne Student*innen zum Beispiel anhand eines exotischen Studienplatzes zu verhindern.

d) Aussortieren von Fehlern

Das Aussortieren von Fehlern war geprägt durch Befürchtungen, Kritiker könnten die gesamte Studie in Frage stellen, sollten auch nur ein einziger offensichtlich fragwürdiger Bogen innerhalb des Datensatzes zu finden sein. Deshalb, sowie aus Zeitgründen entschied das Aktionskomitee sehr streng zu verfahren und alle zwar korrekt beendeten aber nicht korrekt validierten Fragebögen vorerst bei Seite zu lassen. Eine spätere Überprüfung dieser Fragebögen könnte jedoch zeigen, dass die Daten der Logik des beibehaltenen Datensatzes in jedem Detail folgen und ebenso hinzugezogen werden könnten.

Daraufhin erfolgten einzelne Tests um "Ausreißer" zu eliminieren. Besonders Textfelder und Zahlenangaben wurden überprüft und fragwürdige Antworten auch im Falle minimalen Zweifels eliminiert. Mit weiteren, oft verwendeten Tests, wurde gefiltert (z.B. innerhalb welchen Zeitraums der Fragebogen ausgefüllt wurde um ein "Durchklicken" zu vermeiden).

Schlussendlich behielt das Aktionskomitee einen Datensatz mit 1636 Fragebögen zurück, von insgesamt 2460 angefangenen Bögen. Es werden also aktuell 65% aller Fragebögen verwendet. Die aussortierten Fragebögen wurden nicht gelöscht und können, sollte das Bedürfnis aufkommen, jeder Zeit zusätzlich geprüft werden. Das Aktionskomitee weist darauf hin, dass in einem normalen wissenschaftlichen Umgang nicht üblich gewesen wäre dermaßen viele Datensätze unverwendet zu lassen und bedauert die generelle Lage des zu erwartenden Misstrauens der Diskussionsparteien in diesem Zusammenhang.

e) Überprüfung der Repräsentativität

Der letzte Schritt vor der eigentlichen Auswertung war die Überprüfung der Repräsentativität der Studie. Grundsätzlich ist durch die Zahl von 1614 Fragebögen für eine Population von 16'000 die Validität gegeben, und zwar bei einer Fehlerquote von 2,45%. Bei einzelnen Fragen, etwa der, bei denen nur die Antworten der Studierenden in Luxemburg betrachtet werden ist die Höhe der Stichprobe noch immer hoch. Mit 280 in Luxemburg Studierenden von 3500 insgesamt, liegt die Fehlerquote bei noch immer niedrigen 5,7%.

Mittels Vergleichen mit anderen Studien will das Aktionskomitee die Repräsentativität belegen. Als geeignete Basis dafür erscheint das Zahlenmaterial des CEDIES, welches die frühere Ministerin Martine Hansen im September 2013 präsentierte. Aus diesem geht hervor, an welchem Studienort und in welchem Studienland Studierende aus Luxemburg von 2012 bis 2013 eingeschrieben waren. Ein Vergleich mit den Ortsangaben der Probanden der vorliegenden Studie ergab, dass beide Gruppen größtenteils deckungsgleich sind, die Schwankungen liegen bei zu ignorierenden 5%. Die Fragebögen wurden also von Studierenden einer repräsentativen Verteilung auf die gewöhnlichen Studienstädte der Grundgesamtheit ausgefüllt. Die selbe Prozedur wurde auf die Frage nach dem aktuellen Studienprogramm übertragen, für die ebenfalls Daten vom CEDIES vorliegen. Hier zeigte sich eine nahezu identische Verteilung, lediglich etwas weniger Doktoranden/PhD-Student*innen haben Fragebögen ausgefüllt als prozentual in der Grundgesamtheit vertreten sind.